# AbgeordnetenhausBERLIN

19. Wahlperiode

Plenar- und Ausschussdienst

## Inhaltsprotokoll

Öffentliche Sitzung

Ausschuss für Umwelt- und Klimaschutz

25. Sitzung

9. November 2023

Beginn: 09.00 Uhr Schluss: 12.02 Uhr

Vorsitz: Dr. Turgut Altuğ (GRÜNE)

### Vor Eintritt in die Tagesordnung

**Danny Freymark** (CDU) beantragt, dass der Tagesordnungspunkt 4 b von der Tagesordnung abgesetzt werde. Die CDU-Fraktion sei beauftragt, eine Stellungnahme zu der Petition abzugeben. Es sei aber sinnvoller, zunächst die heutige Anhörung dazu auszuwerten.

Der Ausschuss beschließt entsprechend.

Linda Vierecke (SPD) beantragt, dass der Tagesordnungspunkt 3 von der Tagesordnung abgesetzt werde. Der Artikel 4 der Vorlage – zur Beschlussfassung – Drucksache 19/0940 führe eine Ausnahmeregelung für eine schnellere Bestattung ein. Es sei aber bekannt, dass zeitnah eine generelle Neuregelung des Bestattungsgesetzes erfolge, sodass es nicht sinnvoll sei, die Vorlage in der vorliegenden Form zu beschließen.

Der Ausschuss beschließt entsprechend.

Weiteres siehe Beschlussprotokoll.

Redaktion: Thorsten Peger, Tel. 2325-1455 bzw. quer 99407-1455

#### Punkt 1 der Tagesordnung

#### Aktuelle Viertelstunde

**Katalin Gennburg** (LINKE) fragt für ihre Fraktion:

Die BSR hat laut Presseberichten den Testlauf für sogenannte "Smarte Mülleimer" in Berlin abgelehnt – Was waren die Gründe und wie steht der Senat dazu?

Senatorin Manja Schreiner (SenMVKU) erläutert, dass die BSR bereits Unterflurcontainer im Hausmüllbereich mit digitaler Füllstandanzeige teste. Bei Müllbehältern im öffentlichen Raum seien keine Tests geplant, weil sich die Technik als zu fehlerhaft erwiesen habe, bei gleichzeitig hohen Anschaffungs- und Wartungskosten. An wenig frequentierten Standorten sei der Einsatz der Technik nicht lohnend, weil die Leerung der Müllbehälter mit der Reinigung der Fläche einhergehe. An stark frequentierten Orten werde mehrmals täglich geleert. Die SenMVKU und die BSR seien sich daher einig, dass das bisher praktizierte Verfahren effizienter sei. Die Unterflurcontainer würden weiter getestet, evaluiert und gegebenenfalls weitere angeschafft.

Katalin Gennburg (LINKE) fragt nach, ob der Senat diese unnötige Technik auch unter der umweltpolitischen Perspektive des Ressourcenverbrauchs von Seltenen Erden und ihrer Anfälligkeit für Hackerangriffe bewertet habe.

Senatorin Manja Schreiner (SenMVKU) weist hin, dass bei einer Evaluierung der Vor- und Nachteile einer Technologie auch die umweltpolitische Perspektive bewertet werde. Aktuell gehe es aber darum, den praktischen Nutzen zu evaluieren.

**Danny Freymark** (CDU) bittet, das Konzept eines Tiny Forest zu erläutern, weil die Staatssekretärin an einer Pflanzaktion teilgenommen habe. Wie viele Bäume würden gepflanzt?

Staatssekretärin Britta Behrendt (SenMVKU) berichtet, dass sie gestern an einer Pflanzung eines Tiny Forests in Reinickendorf mit Vertretern des Bezirks, der GESOBAU und Vattenfall teilgenommen habe. Auf 300 Quadratmetern würden 900 Bäume durch die Schüler/-innen der siebten und achten Klassen des Thomas-Mann-Gymnasiums in Reinickendorf gepflanzt. Die Schüler/-innen hätten großes Interesse daran und übernähmen auch die Pflege, die im Unterricht integriert sei. Ziel eines Tiny Forests sei, auf kleiner Fläche ein vielfältiges Biotop zu schaffen. Biologisch gebe es Vor- und Nachteile, aber die SenMVKU vertrete die Meinung, dass jeder Baum und jedes Biotop in Berlin ein wichtiger Beitrag sei. In drei Jahren werde die Fläche öffentlich zugänglich sein.

**Danny Freymark** (CDU) fragt nach, ob derartige Projekte ausgebaut und verstetigt werden könnten. Könnten alle Oberschulen eingeladen werden, sich an einem solchen Projekt zu beteiligen? Sei die SenMVKU auf die Schule zugegangen?

Staatssekretärin Britta Behrendt (SenMVKU) erläutert, dass das ein Projekt der Wirtschaft gewesen sei. Vattenfall habe die Planung finanziert und die GESOBAU die Fläche zur Verfügung gestellt. Die Fläche sei aufwendig entsiegelt und aufgewertet worden. Es sei wün-

schenswert, dass es weitere ähnliche Initiativen aus der Wirtschaft gebe. Die SenMVKU wolle das unterstützen und es zu einem Teil der Umsetzungsallianz machen.

**Linda Vierecke** (SPD) fragt, welche Beschlüsse oder Absprachen auf der Kabinettssitzung von Berlin und Brandenburg zur gemeinsamen Wasserstrategie getroffen worden seien.

Senatorin Manja Schreiner (SenMVKU) führt aus, dass beide Bundesländer ein gemeinsames Interesse an der Wasserbewirtschaftung in der Metropolregion hätten. Es sei daher eine gemeinsame Wasserstrategie unter einem gemeinsamen Dach beschlossen worden. Dabei werde sich auch mit den Ländern, Sachsen, Sachsen-Anhalt und Mecklenburg-Vorpommern abgestimmt. Schwerpunkte werde die Sicherstellung der Wasserversorgung und -entsorgung, abgestimmte Bewirtschaftung der Wasserressourcen und Förderung des sparsamen Umgangs sowie die dezentrale Regenwasserbewirtschaftung sein. Wie bedeutend beide Länder das Thema angingen, zeige der ambitionierte Zeitplan mit konkreten Umsetzungszielen. Bereits bei der nächsten gemeinsamen Kabinettssitzung im April 2024 würden Grundlagen der Strategie vorgestellt und darauf aufbauend bis Ende 2024 die Strategie ausformuliert. Derzeit laufe die Abstimmung in den Fachabteilungen. Beide Länder betonten die Abwasserproblematik, die 2024 fokussiert angegangen werden müsse. Weil dafür auch Verträge abgeschlossen werden müssten, wolle Brandenburg 2024 Gespräche mit den Trägern in den Kommunen aufnehmen. In Berlin gebe es mit der BWB nur einen Ansprechpartner, was das erleichtere.

**Linda Vierecke** (SPD) fragt nach, ob es für Berlin interessante Erkenntnisse bezüglich des Endes des Kohleabbaus gegeben habe.

Senatorin Manja Schreiner (SenMVKU) weist hin, dass der brandenburgische Ministerpräsident und der Regierende Bürgermeister bezüglich des Kohleabbaustopps betont hätten, dass der Bund eine starke Verantwortung habe, die Länder finanziell zu entlasten. Die Forderungen und das Vorgehen gegenüber dem Bund würden noch ausgearbeitet. Für 2024 stehe vor allem das Thema Abwasser im Vordergrund, das kurzfristig gelöst werden müsse.

**Dr. Stefan Taschner** (GRÜNE) bittet um Erläuterung, inwieweit die Senatsverwaltung in die Verhandlungen des Verkaufs des Fernwärmenetzes von Vattenfall an Berlin eingebunden sei. Bis wann gebe es ein Ergebnis?

**Senatorin Manja Schreiner** (SenMVKU) antwortet, dass die SenFin und die SenWiEnBe federführend seien. Die SenMVKU sei in die vertraulichen Gespräche nicht eingebunden. Der Finanzsenator werde im Kabinett dazu berichten, wenn Ergebnisse vorlägen.

**Dr. Stefan Taschner** (GRÜNE) fragt nach, ob auch über die GASAG-Anteile der Vattenfall verhandelt werde?

Senatorin Manja Schreiner (SenMVKU) merkt an, dass sie dazu keine Kenntnis habe.

Alexander Bertram (AfD) greift auf, dass das Bezirksamt Treptow-Köpenick berichtet habe, dass die Entwendung der Baumnummern zur Erfassung des Baumbestandes mittlerweile ein großes Problem sei. Die Sicherstellung der Verkehrssicherheit werde gefährdet. Alleine in Treptow-Köpenick würden jährlich 8 000 Nummern entwendet. Gebe es schon neue Konzepte zur Erfassung des Berliner Baumbestandes?

**Staatssekretärin Britta Behrendt** (SenMVKU) teilt mit, dass ihr das Problem noch nicht bekannt sei. Sie werde in Gesprächen mit den Bezirken aufgreifen, ob Handlungsbedarf des Senats bestehe.

Der Ausschuss schließt die Aktuelle Viertelstunde ab.

## Punkt 2 der Tagesordnung

#### Bericht aus der Senatsverwaltung

Senatorin Manja Schreiner (SenMVKU) berichtet, dass am 19. Oktober 2023 die Nachhaltigkeitskonferenz stattgefunden habe. In Workshops sei mit Experten über die Nachhaltigkeitsstrategie und die Umsetzung der 17 Nachhaltigkeitsziele in den verschiedenen Transformationsfeldern gesprochen worden. Es seien über 100 Besucher/-innen und Akteure aus verschiedenen Bereichen der Stadt vor Ort gewesen. Die Konferenz sei zusammen mit der Bundesregierung veranstaltet worden, die ihre Nachhaltigkeitsstrategie ebenfalls weiterentwickle.

Außerdem habe am 1. November 2023 die Multi-Stakeholder-Konferenz der Zero-Waste-Agentur – ZWA – stattgefunden. Auch dort hätten viele Akteure der verschiedenen Verwaltungsebenen, der Unternehmen und der Zivilgesellschaft in Impulsvorträgen, Workshops etc. zusammengearbeitet und die Themen Abfallvermeidung bei Großveranstaltungen, Lebensmittelverschwendung, Abfallvermeidung in Bildungseinrichtungen, Zero-Waste bei Elektro- und Gebrauchtwaren und null Materialverschwendung konstruktiv miteinander besprochen. Sie habe herausgestellt, dass die Landesregierung hinter dem Ziel Zero Waste stehe. Es sei erfreulich, dass auch die Wirtschaft gut vertreten gewesen sei und sich dafür interessiere. Sie brauche aber auch Unterstützung. Für 2024 seien weitere Veranstaltungen geplant. Die ZWA werde weiter aufgebaut und verstetigt.

2022 werde bezüglich der Parkraumsituation im Innenstadtbereich geprüft, wie der Verkehr mit einer Parkraumkartierung bedarfsgerechter gestaltet werden könne. Um die nötigen Daten zu bekommen, seien im Rahmen des vom BMDV geförderten erweiterten umweltsensitiven Verkehrsmanagementsystems sämtliche öffentliche Parkplätze im Innenstadtbereich mit einer videobasierten Straßenbefahrung genau erfasst worden. Für die 230 000 Parkplätze des S-Bahn-Rings sei unter anderem ermittelt worden, wie viele davon für mobilitätseingeschränkte Personen und als Lieferzonen ausgewiesen seien. Die Kartierung werde bis 2024 fortgesetzt, um das gesamte Stadt zu erfassen und die Verkehrs- und Umweltplanung zielgenauer durchzuführen.

Staatssekretärin Britta Behrendt (SenMVKU) informiert zum Sprengplatz Grunewald, dass der Zaun, der nach dem Brand um eine Fläche von 450 000 Quadratmetern gezogen worden sei, abgebaut werde. Das Gebiet sei auf der Oberfläche von Munition beräumt worden. Es bestehe keine direkte Gefährdung mehr, aber unterirdisch könne noch Munition sein. Das gelte jedoch für das gesamte Berliner Gebiet. – Zur Vermeidung ähnlicher Katastrophen werde dort zukünftig weniger Munition gelagert. Außerdem sei sehr schnell ein Sonderkatastrophenschutzplan für diesen Standort erarbeitet worden. Dieser sei am 10. Juli 2023 in Kraft getreten und regele, wie die Behörden im Katastrophenfall zusammenarbeiteten.

**Linda Vierecke** (SPD) fragt zur Nachhaltigkeitsstrategie, welche Akteure genau an der Umsetzungsallianz beteiligt werden sollten. Bei der Strategie stehe auch die Frage im Raum, wie die Umsetzung angestoßen werden könne. – Gebe es bezüglich der ZWA konkrete Reduktionsziele der Müllmenge, die in den nächsten drei Jahren erreicht werden solle?

**Dr. Turgut Altuğ** (GRÜNE) begrüßt, dass die Entwicklung einer Nachhaltigkeitsstrategie, was die Vorgängerregierung eingesetzt habe, fortgeführt werde. Bis wann und wie werde sie umgesetzt? – An Schulen gebe es eine große Lebensmittelverschwendung, weil seit der Gebührenfreiheit fast ein Drittel der Essen weggeworfen werde. Gebe es eine Zusammenarbeit mit der zuständigen SenBJF und wie sei diese ausgestaltet?

Staatssekretärin Britta Behrendt (SenMVKU) erläutert, dass der Vorgängersenat die SDGs in Transformationsbereiche zusammengefasst und für Berlin spezifiziert habe. Die SDGs seien aber immer noch sehr abstrakt und global formuliert. Um die Frage zu klären, welche konkreten Ziele für Berlin abgeleitet werden könnten, sei ein Indikatorenbericht erstellt worden. Dieser basiere auf Daten aus 2021 und sei veraltet. Daher werde dieser Bericht zunächst aktualisiert, um Handlungsfelder identifizieren zu können. – Um die Ziele schnell zu erreichen, sei es sinnvoll, in der Umsetzungsallianz mit denen zusammenzuarbeiten, die bereits Erfahrung in den Bereichen hätten. Das seien unter anderem die Bezirke, Initiativen der Zivilgesellschaft, beispielsweise KARUNA eG., und die Wirtschaft. Dieses Netzwerk solle sich dann gegenseitig unterstützen. – Die Ergebnisse der Workshops würden nun ausgewertet und Anfang 2024 die Umsetzung gestartet und konkrete Projekte und Zeitrahmen definiert. – Das erste Ergebnis der Allianz sei die Pflanzung eines weiteren Tiny Forest in Pankow in Zusammenarbeit mit KARUNA, die die SenMVKU finanziell unterstütze. Ohne die gegenseitige Unterstützung sei dies nicht möglich gewesen. Zu den Zeitplänen berichte sie in den nächsten Sitzungen.

**Dr. Benjamin Bongardt** (SenMVKU) ergänzt, dass Ziel am Ende der drei Jahre sei ein erfolgreiches Arbeiten der ZWA, sodass die Fortsetzung der Finanzierung gut begründet sei. Die Reduzierung der Abfallmenge pro Einwohner solle durch eine Vernetzung der zivilgesellschaftlichen Akteure in Berlin, dem Aufbau zweier Taskforces, einem Fokus auf Mehrweg und der Verankerung von Abfallvermeidung in den Bezirken, den Kiezen und dem Quartiermanagement erreicht werden. – Bei der Lebensmittelverschwendung werde mit der zuständigen Verbraucherschutzverwaltung zusammengearbeitet. Diese Abfälle sollten getrennt gesammelt und verwertet werden. Das sei in der Gastronomie noch nicht einheitlich auf einer guten Basis. Der Vollzug der Gewerbeabfallverordnung müsse weiter verbessert werden. Für das Catering an Schulen gebe es ein kontinuierliches Projekt mit Fokus auf Lebensmittelabfallverschwendung, das fortgesetzt werde.

**Linda Vierecke** (SPD) fragt nach, wie viele Bäume bei dem Projekt in Pankow gepflanzt würden. Wie werde das finanziert?

**Staatssekretärin Britta Behrendt** (SenMVKU) schlägt vor, dass sich der Ausschuss an der Aktion beteilige. Die Finanzierung erfolge aus dem BEK.

Der Ausschuss schließt den Tagesordnungspunkt ab.

## Punkt 3 der Tagesordnung (neu)

Besprechung gemäß § 21 Abs. 3 GO Abghs

Wassertourismus und Wassersport in Berlin

nachhaltig und sicher gestalten

UK

(auf Antrag der Fraktion der CDU und der Fraktion der SPD)

Hierzu: Anhörung

Siehe Wortprotokoll.

# Punkt 4 der Tagesordnung (neu)

Vorlage – zur Beschlussfassung –	<u>0071</u>
Drucksache 19/0721	UK(f)
Neuntes Gesetz zur Änderung des	Haupt
Straßenreinigungsgesetzes	Mobil*

**Senatorin Manja Schreiner** (SenMVKU) bittet, dass die Vorlage heute verabschiedet werde. Die Bezirke würden entlastet, und die BSR müsse sich auf den Winterdienst vorbereiten.

Der **Ausschuss** empfiehlt dem Plenum die Annahme der Vorlage – zur Beschlussfassung – Drucksache 19/0721.

#### Punkt 5 der Tagesordnung (neu)

#### Verschiedenes

Siehe Beschlussprotokoll.